

Ein Diskursbeitrag des Club of Lilienthal

zur Lilienthaler Ortsentwicklung

im Zeichen von Haushaltskrise und Klimawandel

im Zusammenhang mit der Fortschreibung des regionalen Raumordnungsprogramms im Landkreis
Osterholz

Inhaltsverzeichnis

1	Anlass für den Diskursbeitrag	2
2	Lilienthal gestern	3
3	Lilienthal heute	3
4	Unsere Vorschläge zur Gestaltung der Zukunft Lilienthals	7
5	Demokratisierung von Planungsprozessen für die Ortsentwicklung im Zeichen einer bürgernahen nachhaltigen Kommunalpolitik bei voller Transparenz der Interessen der beteiligten Akteure	8

- Die Bodenversiegelung und der Flächenverbrauch vernichten CO₂-Senken und reduzieren existentielle Ernährungsgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen. Die Ökosystemleistungen z. B. von Wiesen wurden und werden bei der Ortsentwicklung nicht berücksichtigt.
- Die Gemeinde Lilienthal hat infolge expansiver Ausweisung von Siedlungsgebieten und ortsbildverändernder Bauten an vielen Stellen eine deutlich wahrnehmbare Veränderung erfahren und damit die bisherige dörfliche Authentizität eingebüßt.
- Der expansive Ausweis neuer Siedlungsgebiete in Lilienthal führte und führt weiter zu hohen kommunalen Folgekosten (z. B. Straßen, Straßenunterhalt, neue Kindergärten, zusätzliche Grundschulen). Die Steuermehreinnahmen decken die Mehraufwendungen, die durch diese Siedlungsexpansion verursacht sind, nicht.
- Die Annahme von Verwaltung und Gemeinderat, dass die demografische Bevölkerungsentwicklung mit der geplanten Siedlungsentwicklung langfristig positiv gestaltet werden kann, ist ein Trugschluss.
- Wir haben Vorschläge zur zukünftigen Gestaltung Lilienthals
- Die Bürger*innen müssen in den zukunftsbedeutsamen Gestaltungsprozess eingebunden werden

1 Anlass für den Diskursbeitrag

Anlass für diesen Diskursbeitrag ist die Vorlage des Landkreises Osterholz vom 22. Februar 2019 zur Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP). Das RROP wird wahrscheinlich bis 2030 Leitplanken für die künftige Flächennutzung und Bauleitplanung in den Gemeinden des Landkreises setzen. Die Kommunen des Landkreises Osterholz wurden vom Landkreis aufgefordert, ihre Anregungen und Veränderungswünsche zur Überarbeitung des RROP in die Diskussion einzubringen.

Am 22. Juni 2011 hatte der Kreistag des Landkreises Osterholz die bisher geltende Satzung über die Feststellung des RROPs beschlossen. Auch die Gemeinde Lilienthal hatte an diesem Programm mitgewirkt! Das bedeutet, dass die Kommune die Vorschriften des RROPs zu beachten und zu respektieren hat.

Festgelegt ist im RROP, dass die Siedlungsentwicklung im Rahmen der Bauleitplanung vorrangig auf die als zentrale Siedlungsgebiete räumlich näher festgelegten Zentralen Orte und auf die räumlich näher festgelegten für eine Siedlungsentwicklung besonders geeigneten Orte oder Ortsteile auszurichten ist. Die Verwaltung der Gemeinde Lilienthal empfiehlt dem Rat nun, das Zentrale Siedlungsgebiet in Lilienthal sowie die für eine Siedlungsentwicklung geeigneten Orte oder Ortsteile „weiter zu fassen“ als die Vorgaben des bisherigen RROPs es zulassen. Die Lilienthaler Verwaltung begründet ihre Empfehlung mit dem Hinweis; dass „dies Sinn macht“. Diese Begründung ist für eine so weitreichende Entscheidung in höchstem Maße problematisch. Die Ausweitung weiterer Siedlungsgebiete vor allem auf bisherigen Wiesen (wichtige CO₂-Senken) führt zu weiterer Bodenversiegelung, einem weiteren Verlust an Landschaftsfläche und schädigt die Umwelt mit weitreichenden Auswirkungen auf Mensch, Tier und Pflanzen und verursacht darüber hinaus erhebliche Folgekosten für die Gemeinde, die sich die hochverschuldete Gemeinde Lilienthal nicht leisten kann.

Die Bedenken gegen eine Ausweisung weiterer Siedlungsgebiete gilt in gleicherweise für die Erweiterung von Gewerbeflächen. Zwei Flächen wurden durch ein Gewerbeflächenentwicklungsgutachten bewertet. Im Ergebnis kommt das Gutachten zu der Aussage, dass diese Flächen nicht vorrangig empfohlen werden können. Wenn die Verwaltung schreibt: „*Sieht man von den bestehenden restriktiven Schutzansprüchen (Umwelt- und Naturschutz) ab, so würde sich jedoch eine ähnliche Entwicklung anbieten, wie sie auch im südöstlich angrenzenden Gewerbegebiet Moorhausen angestrebt und realisiert wurde*“, dann belegt dies, dass sich die Verwaltung über Schutzansprüche wie dem Umwelt- und Naturschutz schlicht und einfach hinwegsetzen will. Die Verwaltung argumentiert, „*dass Gewerbeflächen auch in Zukunft der Leistungsfähigkeit der Gemeinde helfen und den Wirtschaftsstandort Lilienthal sichern kann*“ und will damit rechtfertigen, auch solche Flächen zukünftig zu berücksichtigen, die in der Beurteilung als nachrangig bewertet wurden. Auch für die Gewerbeflächenenerweiterung muss eine Lückenbebauung in bestehenden Gewerbegebieten den

Vorrang haben und der Ausweis neuer Gewerbeflächen sollte erst dann vorgenommen werden, wenn eine entsprechende Nachfrage auch tatsächlich nachgewiesen ist. Generelle Aussagen wie „das halten wir für sinnvoll“ sind argumentativ inhaltsleer.

Die Lilienthaler Verwaltung legte mit ihrer öffentlichen Drucksache 17. WP/0326 vom 22. Februar 2019 ihre Vorschläge für die Neuaufstellung des RROPs dem Ausschuss für Baudienste mit der Vorgabe vor, den vorliegenden Vorschlag am 18.03.2019 im Ausschuss und am 19.03.2019 im Verwaltungsausschuss zu beraten und zu beschließen.

Mit Schreiben vom 15. März 2019 bat der Club of Lilienthal die Rats- und Ausschussmitglieder, die Beratung und Beschlussfassung für mindestens ein halbes Jahr auszusetzen, um damit den Rats- und Ausschussmitgliedern Gelegenheit zu geben sich intensiv mit diesen Vorschlägen auseinander zu setzen und vor allem die Öffentlichkeit in einen konstruktiven Diskurs über die weitere Ortsentwicklung einzubinden.

Es ist bemerkenswert, dass die Lilienthaler Verwaltung sich in ihren Empfehlungen vom 22. Februar 2019 an den Gemeinderat zu ihren raumordnerischen Vorstellungen zur Neuaufstellung des RROPs ausschließlich auf die Ausweitung der Siedlungs- und Versorgungsstruktur und auf die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen beschränkt.

Die für jede Kommune überlebenswichtigen Themen wie Umwelt- und Naturschutz, Ernährung der Bevölkerung, Veränderung des charakterlichen Ortsbildes der Gemeinde, Kinder- und Jugendarbeit, Bildung und Ausbildung, Auswirkung des demografischen Wandels, Auswirkung auf den Finanzhaushalt und Schuldenstand, Verkehr, Energie und Landwirtschaft blieben aus nicht nachvollziehbaren Gründen unberücksichtigt, wohl wissend, dass eine so gravierende Erweiterung von Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeflächen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, auf die hier beschriebenen Themen erhebliche und langzeitliche Auswirkungen haben.

2 Lilienthal gestern

Im Jahr 1232 legte die Gründung des Zisterzienserinnenklosters „*vallis liliorum*“ den Grundstein für den Ort Lilienthal. Die Kirche Sankt Marien erinnert an das einstige Kloster. Die Lilienthaler Bürger durften mit Stolz auf die geschichtsträchtige Entwicklung ihrer Gemeinde blicken. Der Ort wuchs stetig. Im Rahmen der Gebietsreform 1974 wurden die Gemeinden St. Jürgen, Worphausen, Heidberg und Seebergen eingemeindet. Das Gemeindegebiet umfasst heute insgesamt 72 Quadratkilometer.

Das Selbstverständnis Lilienthals mit seinem dörflichen Charakter fand Niederschlag in der Metapher „*Oase am Rande der Großstadt*“ Bremen. In geringer Entfernung zum Teufelsmoor ist Lilienthal umgeben von den einzigartigen Wümme-Wiesen, eingebettet zwischen Wümme und Wörpe. Bevölkerung und Besuchern finden eine Vielzahl von Freizeit-, Natur- und Naherholungsangeboten.

Die Hauptstraße, die mittig durch den Ort führt, war in Verbindung mit der Klosterstraße die Einkaufsstraße Lilienthals und bildete mit seinen vielen individuellen Einzelhandelsgeschäften den Mittelpunkt dieser Gemeinde. Viele Lilienthaler Bürger*innen finden bei einer Vielzahl kleiner und mittelständischer Unternehmen Beschäftigung und Einkommen.

Lilienthal, einst eine wohlhabende Gemeinde, ist heute hoch verschuldet, der dörfliche Charakter der Gemeinde hat sich deutlich verändert.

3 Lilienthal heute

Die expansive Bodenversiegelung und der Flächenverbrauch vernichtet die Ernährungsgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen.

Wir Menschen vernichten immer mehr landwirtschaftliche Flächen und gefährden die Ernährungsgrundlage der Menschheit. Das Wachstum der Weltbevölkerung und der Klimawandel sind neben dem Flächenverbrauch die größte Herausforderung der Menschheit. Politiker auf der ganzen Welt reden darüber,

Handlungen bleiben weitgehend aus. Lebten 1800 noch ca. 1,0 Mrd. Menschen auf der Erde, waren es 2011 schon 7,0 Mrd. Die Prognosen der UN zeigen eine Bevölkerungsentwicklung von 9,8 Mrd. im Jahr 2050 und für 2100 wird eine Zahl von 11,2 Mrd. prognostiziert.

Fast drei Viertel der Erde sind mit Wasser bedeckt. Auf 11% der Erdoberfläche ist Landwirtschaft nicht möglich, 8% sind Waldflächen und 7% Weideland. Damit bleiben nur 3% der Erdoberfläche übrig. (Quelle: Raschka 2012, Nova Institut)

Der Flächenverbrauch für Gebäude, Frei- und Verkehrsflächen in der Bundesrepublik ist exorbitant hoch und nimmt ständig weiter zu. Die Landwirte beklagen seit Jahren, dass immer weniger Landwirtschaftsfläche zur Verfügung steht, die Bodenpreise und die Pachtpreise sind rasant gestiegen. Auch das ist ein wesentlicher Grund dafür, dass viele landwirtschaftliche Betriebe aufgeben müssen.

Vergleicht man die derzeitige Siedlungs- und Verkehrsfläche der Bundesrepublik mit der Gesamtfläche der einzelnen Bundesländer, wird das Ausmaß des Flächenverbrauchs deutlich. Beim derzeitigen Stand entspricht die Siedlungs- und Verkehrsfläche heute bereits den Flächen der Bundesländer Thüringen, Schleswig-Holstein, Saarland, Berlin, Hamburg und Bremen (Quelle: dr-frank-schroeter.de.Bodenverbrauch)

Die Universität Halle-Wittenberg hat bereits 2014 in einer Studie beschrieben, dass Deutschland 30 Prozent mehr Fläche beansprucht, als in Deutschland für die Ernährung seiner Bevölkerung zur Verfügung steht. Mit anderen Worten: Deutschland muss für die Ernährung seiner Bevölkerung mehr einführen als Deutschland an Produkten für die Ernährung ausführt.

Die Gemeinde Lilienthal liegt beim Flächenverbrauch für Gebäude, Frei- und Verkehrsflächen bezogen auf die Gesamtfläche deutlich über den Werten des Bundes und des Landes Niedersachsen. Im Jahr 1979 lag der Flächenverbrauch in Lilienthal bei 844 ha (= 11,7%) bezogen auf die Gesamtfläche der Gemeinde von 7.205 ha. 2013 hatte der Flächenverbrauch bereits einen Anteil von 1.239 ha bzw. einen prozentualen Anteil von 17,2%. Ein Stopp dieses kommunalen Flächenverbrauchs ist nicht in Sicht und das angesichts der Forderung des RROP von 2011: *„Der Freiraumverbrauch und die Zersiedelung der Landschaft durch Siedlungsentwicklung sollen deutlich reduziert werden. Die weitgehend siedlungsfreien Bereiche sollen grundsätzlich von Siedlungsentwicklungen freigehalten und die Entstehung neuer bzw. die Erweiterung bestehender Splittersiedlungen vermieden werden. ... Bei der Siedlungsentwicklung soll auf eine effiziente und somit insgesamt flächensparende Bodennutzung hingewirkt werden.“*

Der Flächenverbrauch in Deutschland und auch in Lilienthal führt darüber hinaus dazu, dass die Artenvielfalt abnimmt. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten gehen jährlich verloren. Gerade auch die Landschaftsfläche rund um den Lilienthaler Reiterverein (weitgehend Wiesen, die wichtige CO₂-Senken sind), die aktuell durch Neubaupläne bedroht ist, beherbergt eine reiche Tier- und Pflanzenwelt. Die dort angesiedelten Falken, Bussarde, Fledermäuse, Frösche und Kröten würden durch das geplante Neubaugebiet erheblich in ihrem Lebensumfeld betroffen sein. Die Versiegelung der Wiesen bedeutet die weitere Beseitigung von CO₂-Senken. In Zeiten des Klimawandels geht es nicht nur darum, CO₂-Emissionen zu reduzieren, sondern auch darum, ausgestoßenes CO₂ in Senken, vor allem etwa durch Wälder und Wiesen wieder einzufangen. Darauf verwies beispielsweise auch die Kanzlerin beim letzten EU-Gipfel im rumänischen Sibiu. Eine nachhaltige und auf Klimaneutralität ausgerichtete Orts- und Stadtentwicklungspolitik muss diese Zusammenhänge beachten. Im Forschungsbericht 2012 des Max-Planck-Instituts für Biogeochemie informieren Schrumph und Trumbore über aktuelle Forschungsergebnisse zu den Kohlenstoffkreisläufen. *„Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, dass Wälder, Wiesen und Weiden in Europa derzeit Kohlenstoffsenken darstellen, Ackerstandorte hingegen schwache Quellen“* (https://www.mpg.de/4705567/Kohlenstoffspeicher_Boden) Ein wichtiges Ergebnis der sehr aufwendigen Bodenuntersuchungen des Thünen-Instituts lautet:

„Viehweiden speichern doppelt so viel Kohlenstoff wie Ackerböden

. Teams haben über die Jahre mehr als 25.000 Bohrkerne nach Braunschweig gebracht. Dort wurden die Kerne zerteilt, getrocknet, gesiebt, kartiert und analysiert. Die wichtigste Erkenntnis: Grünland, das sind vor allem Viehweiden, speichert im Schnitt etwa doppelt soviel Kohlenstoff wie ein Ackerboden. Mit bis zu acht Prozent Humusgehalt findet sich im Grünland sogar mehr Kohlenstoff als in der Erde unter Wäldern. Außerdem sind tonhaltige und

feuchte Flächen in Senken und Flussnähe humusreicher als zum Beispiel die sandigen Böden in Ostdeutschland.“ (https://www.deutschlandfunk.de/klimaschutz-in-der-landwirtschaft-boeden-als-co2-speicher.697.de.html?dram:article_id=435098)

Die Niedersächsische Landesregierung hat den Zusammenhang und die Problematik im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen ebenfalls erkannt und zur kritischen Reflexion angeraten.

„Die Flächeninanspruchnahme steht als hoch aggregierter Schlüsselindikator für die Nachhaltigkeit der Raumnutzung. Die mit der Flächeninanspruchnahme insgesamt verbundenen Umweltschädigungen sind in der Regel schleichend bzw. ergeben sich durch die Aufsummierung der einzelnen über längere Zeiträume beanspruchten Flächen. Die Folgewirkungen sind auf den ersten Blick nur schwer zu erkennen, deren Gefahren werden zurzeit noch deutlich unterschätzt. Die Flächeninanspruchnahme beinhaltet die Umnutzung von Freiflächen, in der Regel naturnahen und landwirtschaftlich genutzten Flächen, in Siedlungs- und Verkehrsflächen. Im Bereich von Bebauung und Versiegelung gehen die natürlichen Funktionen des Bodens unmittelbar verloren. Die betroffenen Böden können somit ihre Rolle als Lebensgrundlage und Lebensraum für Flora und Fauna, als Bestandteil des Wasser- und Nährstoffkreislaufs sowie als Filter- und Puffer zum Schutz des Grundwassers nicht mehr erfüllen. Bei der Flächeninanspruchnahme handelt es sich häufig anstelle einer multifunktionalen um eine einseitige, rein wirtschaftsorientierte Nutzung des Bodens.“ (Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (Hg.) (2017): Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen. (https://www.umwelt.niedersachsen.de/download/112471/Nachhaltigkeitsstrategie_fuer_Niedersachsen_2017_.pdf, zuletzt geprüft am 20.03.2019, S. 127.)

Eine sowohl auf Kreis- als auch auf Ortsebene an der **Agenda 2030 kommunal** ausgerichtete Politik sollte sich in Zeiten des Klimawandels an der Zielsetzung der klimaneutralen Entwicklung orientieren und den wissenschaftlichen Interessen entsprechend handeln.

Die Gemeinde hat durch den expansiven Ausweis neuer Siedlungsgebiete ihren bisherigen Charakter eingebüßt.

Das Ortsbild verändert sich extrem. Lilienthal ist vom Erscheinungsbild heute eher ein Ortsteil von Bremen, denn die „*Oase vor den Toren einer Großstadt*“, wie sich Lilienthal Jahrzehnte genannt hat. Lilienthal ist vornehmlich geprägt durch Einzelhausbebauung. Die neuen Siedlungsgebiete sind gekennzeichnet durch eine Bebauung auf kleinstem Raum. Eine Bepflanzung dieser Kleingrundstücke mit Bäumen und Sträuchern ist nicht mehr möglich. Der Umweltschutz bleibt auf der Strecke. Profiteure dieser Massenbebauung sind insbesondere die Investoren. Bezahlbarer preiswerter (sozialer) Wohnraum für Mieter fehlt darüber hinaus. Die Gemeinde Lilienthal, die Einfluss auf die Bebauung nehmen könnte, schaut dem Treiben der Investoren kritiklos zu (Beispiele: Rolandsgraben, die neuen Baugebiete Jan-Reiners-Weg/Viehreihe, Baugebiet Mauerseglerstraße, Falkenberger Kreuz).

Die Kulturlandschaft (alte Ortsteile mit historischen Bauernhäusern) wird erkennbar verändert. Aus touristischer Sicht hat Lilienthal seine Attraktivität längst eingebüßt. Darüber hinaus lässt die Verwaltung der Gemeinde Lilienthal es zu, dass Einzelhausbebauungen entstehen, die nicht in die Umgebung passen (Beispiele: Neubau gegenüber der Truper Kapelle sowie Ecke „*Beim Spieker / Jan-Reiners-Weg*“). Das alles, obwohl das RROP 2011 fordert: „*Historisch gewachsene, das Orts- und Landschaftsbild, die Lebensweise und Identität der Bevölkerung prägende Siedlungsstrukturen einschließlich der siedlungsnahen Freiräume sollen erhalten werden. Erhaltenswerte Ortsbilder sollen bewahrt werden. Ergänzungen und Entwicklungen des Siedlungsbestandes sollen seiner besonderen Eigenart angepasst werden.*“

Der ungezügelt und unstrukturierte Ausweis neuer Siedlungsgebiete in Lilienthal führt zu hohen Folgekosten (Kanalisation, Radwege, Straßen, Straßenunterhalt, neue Kindergärten, zusätzliche Grundschulen). Die Steuermehreinnahmen decken bei weitem nicht die Mehraufwendungen, die durch diese kommunale Siedlungsentwicklung entstehen.

Die Schulden der hochverschuldeten Gemeinde Lilienthal wachsen auch und gerade durch diese Politik des ungezügelt Siedlungsausweises! Die Bürger*innen und Gewerbetriebe Lilienthals klagen bereits heute über hohe Grund- und Gewerbesteuern.

Jährliche Haushaltsdefizite und kreditfinanzierte Investitionen führten im Jahr 2018 zu einer Gesamtverschuldung in Höhe von 86,159 Mio. €, allein der Kernhaushalt zeigt eine Verschuldung von 66,576 Mio. €. Das bedeutet allein für den Kernhaushalt eine Steigerung seit 2007 um 77 %.

Die offizielle Statistik weist für Lilienthal im Jahr 2017 eine Pro-Kopf-Verschuldung allein im Kernhaushalt von 3.418 € aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gesamtschulden liegt in Lilienthal bei 4.440 €. Vergleich Pro-Kopf-Verschuldung Kernhaushalt: Ritterhude 2.812 €, Grasberg 2.067 €, OHZ 2.321 €, Hannover 2.815 €. (Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung)

Zu den Gesamtschulden der Gemeinde müssten eigentlich Sanierungskosten für Straßen und öffentliche Gebäude hinzugerechnet werden.

Die Gemeindeverwaltung rechnet in den kommenden 3 bis 4 Jahre mit weiteren Schulden von jährlich ca. 3-4 Mio. €, insbesondere verursacht durch die Folgekosten der Wohnbebauung.

Irgendwann werden nachfolgende Generationen diese Schulden zurückzahlen müssen. Unsere Generation ver-spielt den nächsten Generationen jeglichen Handlungsspielraum. Verwaltung und Gemeinderat verweigern geradezu ein nachhaltig ausgerichtetes Haushaltssanierungskonzept und ein Konzept zum Schuldenabbau vorzulegen!

Verwaltung und Ratsmitglieder behaupten stets, dass die Gemeinde Lilienthal durch diese Siedlungs-politik aufgrund höherer Steuereinnahmen profitieren wird. Das Gegenteil ist der Fall! Das RROP verlangt von den Kommunen, dass bei einem Neuausweis von Baugebieten eine volkswirtschaftliche Nutzen-Kostenrechnung erstellt wird. In Lilienthal verzichtet man auf diese Berechnung. „Das kann man nicht rechnen, das rechnet sich schon“ ließen einzelne Ratsmitglieder die Bürger unter Zustimmung aller anderen Fraktionen wissen.

Begegnung mit der Realität - Realitätscheck

Es hat nur einen kurzfristigen Effekt zu glauben, man könne durch das Erschließen neuer Baugebiete langfristig Einnahmenüberschüsse generieren, wenn dies nur mit Hilfe von kreditfinanzierten Investitionen möglich ist. Kritisch wird es, wenn einer boomenden Konjunktur Stagnation oder Rezession folgen. In diesem Fall stagnieren oder fallen die Einkommen der Kommunen aus Einkommen-, Umsatz- und Gewerbesteuer, die hohen Aufwendungen aus kreditfinanzierten Investitionen bleiben dagegen.

Eine regionalwirtschaftliche Nutzen-Kosten-Analyse für Gemeinden im LK OHZ „Fiskalische Wirkung pro Jahr eines zusätzlichen Arbeitsplatzes sowie eines zusätzlichen Einwohners“, (Daten Haushaltsplan 2015), kommt zum Ergebnis, dass es sowohl in Osterholz-Scharmbeck als auch in Lilienthal aus fiskalischer Sicht für die Kommune vorteilhafter ist, sich um zusätzliche Arbeitsplätze zu bemühen. Zusätzliche Einwohner kosten unter dem Strich mehr als sie einbringen¹ (Quelle: Unveröffentlichte Nutzen-Kosten-Analyse der Senatorin für Finanzen Bremen im Auftrag der Stadt Osterholz-Scharmbeck, Bremen Mai 2015).

Stadt OHZ (HH-Plan2015)

Fiskalischer Nutzen pro Arbeitsplatz (€/AP/a) 3.182

Fiskalische Kosten pro Arbeitsplatz (€/AP/a) 2.104

Saldo aus Nutzen abzl. Kosten 1.078

Fiskalischer Nutzen pro Einwohner (€/EW/a) 665

Fiskalische Kosten pro Einwohner (€/EW/a) 1.016

Saldo aus Nutzen abzl. Kosten -351

¹**Methodenhinweis:** Datengrundlage waren die Plandaten des Jahres 2015. Auf 3-Steller-Ebene des Haushalts wurden die absoluten Beträge einem Arbeitsplatz- oder Einwohnerbezug zugeordnet. Beispielsweise auf der Einnahmeseite die Grundsteuer A zu 100 % dem Arbeitsplatzbezug, z.B. die Hundesteuer zu 100% dem Einwohnerbezug, bei der Grundsteuer B zu 40% dem Arbeitsplatzbezug und zu 60% dem Einwohnerbezug. Auf der Ausgabeseite z.B. die Gewerbesteuerumlage zu 100 Arbeitsplatzbezug, Schulen zu 100% Einwohnerbezug, oder Baubetriebshof zu jeweils 50% dem Einwohner- bzw. Arbeitsplatzbezug. Diese daraus ermittelten absoluten Beträge wurden arbeitsplatzbezogen und einwohnerbezogen addiert und jeweils auf die Anzahl der Einwohner bzw. Arbeitsplätze bezogen. Die somit errechneten fiskalischen Kosten bzw. Nutzen pro Einwohner bzw. pro Arbeitsplatz pro Jahr wurden saldiert und führten zu den Kennzahlen Saldo aus Nutzen und Kosten pro Jahr bezogen auf die Einwohner und Arbeitsplätze.

Gemeinde Lilienthal (HH-Plan 2015)

Fiskalischer Nutzen pro Arbeitsplatz (€/AP/a) 3.392
Fiskalische Kosten pro Arbeitsplatz (€/AP/a) 1.851
Saldo aus Nutzen abzl. Kosten 1.541
Fiskalischer Nutzen pro Einwohner (€/EW/a) 487
Fiskalische Kosten pro Einwohner (€/EW/a) 584
Saldo aus Nutzen abzl. Kosten -97

Fazit: Lilienthals Demografieentwicklung zeigt eine positive Tendenz. Für die Entwicklung der Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbefläche fehlt in Lilienthal allerdings ein Gesamtkonzept (Kerngebiet wie Randsiedlungen). In Lilienthal bestimmen die Investoren wo und wie gebaut wird. Wildwuchs ist die Folge, wichtig wäre ein organisches Wachstum. (Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung) Die Wirkungen auf die Kommune insgesamt sind negativ zu bewerten.

4 Unsere Vorschläge zur Gestaltung der Zukunft Lilienthals

Wir empfehlen im neuen RROP keine weiteren Siedlungsgebiete auszuweisen. Das gilt auch für die Bereiche Landwirtschaft, Kleinmoor, Frankenburg und ungeeignete Gewerbeflächen im Bereich der Alten Wörpe. Die Kommune sollte sich ausreichend Zeit nehmen, um ein Gesamtkonzept für die Entwicklung Lilienthals zu erarbeiten. Verwaltung und Gemeinderat sollten sich verpflichtet fühlen, sämtliche Vorgaben des bisherigen RROPs zu respektieren. Stets wird argumentiert, dass das RROP gerade Wohnen in zentralen Bereichen fordert. Verkannt wird, dass das RROP aber nicht die Bebauung von landwirtschaftlichen Nutzflächen, von Brachland und Wiesen oder Erholungsgebieten „um jeden Preis“ fordert. Ganz im Gegenteil, das RROP fordert, dass Natur und Landschaft im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln sind, dass sie als Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen nachhaltig gesichert sind. Zu dieser Forderung der Sicherung der Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Pflanzen müssen sich Verwaltung und Gemeinderat uneingeschränkt bekennen und verpflichten.

Verwaltung und Gemeinderat sollten sich verpflichten, die unstrukturierte und unreflektierte Ausweisung neuer Raumnutzungsarten und Baugebiete zu beenden. Nicht die Grundstückseigentümer und vor allem nicht die Investoren dürfen der Gemeinde „vorschreiben“, wo und wie in Lilienthal gebaut wird. Verwaltung und Gemeinderat müssen das Zepter des Handels zurückgewinnen

Verwaltung und Gemeinderat sollten sich zur Erstellung eines Siedlungskonzeptes verpflichten. Verwaltung und Gemeinderat sollten die Frage beantworten, will Lilienthal Stadtteil von Bremen sein oder sich seinen eigenständigen - wenn auch bereits deutlich veränderten - Ortscharakter bewahren? Dazu gehört auch die Entscheidung darüber, wie die Hauptstraße und Klosterstraße als „Einkaufsmeile“ Lilienthals gestaltet werden soll. Es sollte geklärt werden, ob Lilienthal weiter wie bisher Bebauung auf kleinstem Raum zulassen will. Beim Beschluss von Bebauungsplänen sind ökologische Festsetzungen zu berücksichtigen. Bis dieses Gesamtkonzept erstellt und vom Gemeinderat verabschiedet ist, verzichtet die Gemeinde im Zusammenhang mit der Neufassung es RROPs auf den Ausweis weiterer Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeflächen.

Die regionalwirtschaftliche Nutzen-Kosten-Analyse für Gemeinden im LK OHZ („Fiskalische Wirkung pro Jahr eines zusätzlichen Arbeitsplatzes sowie einen zusätzlichen Einwohnern“ – Daten Haushaltsplan 2015) kommt zu dem Ergebnis, dass es sowohl in Osterholz-Scharmbeck als auch in Lilienthal aus fiskalischer Sicht für die Kommune vorteilhafter ist, sich um zusätzliche Arbeitsplätze zu bemühen, statt um zusätzliche Einwohner, die unter dem Strich mehr kosten, als sie einbringen. Lilienthal ist nicht ein besonders geeigneter Gewerbestandort für Logistikunternehmen, da eine direkte Anbindung an eine Autobahn fehlt und der Gewerbeverkehr die ohnehin überlasteten Straßen in Lilienthal und Bremen-Borgfeld zusätzlich belasten würden. Das Gebot der Stunde ist die Lückenbebauung in den bestehenden Gewerbegebieten.

Das vorliegende Gewerbeflächenentwicklungsgutachten kommt zu dem Ergebnis, dass das Areal nördlich des vorhandenen Gewerbegebietes Moorhausen als nicht vorrangig empfohlen wird.. Wenn das Gutachten formuliert „sieht man von den bestehenden restriktiven Schutzansprüchen (Umwelt- und Naturschutz) ab

...“, belegt dies, dass die vorgesehenen Gewerbeflächen nur unter Missachtung des Umwelt- und Naturschutzes zu realisieren sind. Verwaltung und Gemeinderat sollten sich verpflichten, Gewerbegebiete nur dort auszuweisen, wo die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigt werden können. Darüber hinaus wäre es wünschenswert, dass in diesen neuen Gewerbegebieten nur Firmen angesiedelt werden, deren Firmensitz in Lilienthal ist.

Verwaltung und Gemeinderat sollten die Frage beantworten, wie die Gemeinde für Kinder und Jugendliche attraktiv gestaltet werden kann. Es kann nicht sein, dass sich die Gemeinde aus dieser Betreuungsarbeit zurückzieht und die Aufgabe allein den Sportvereinen überlässt. Die Evangelische Kirche am Falkenberger Kreuz hat das gesamte Gelände an einen Investor verkauft und das Jugendheim ersatzlos aufgegeben. Weder die evangelische Kirche noch die Gemeinde Lilienthal haben Ersatz für den Abriss dieses Jugendheims geschaffen. Die Verwaltung plant auf dem Gelände Mauerseglerstraße einen großen Siedlungsbereich mit Kindergarten und Grundschule. Der dort ansässige Reitverein, der eine hervorragende Jugendarbeit leistet und vor allem auch Therapeutisches Reiten für Kinder mit Beeinträchtigung anbietet, wird bei einer Realisierung den Reit- und Schulungsbetrieb aufgeben müssen. Es ist nicht bekannt, dass die Gemeinde für diesen Verlust der Kinder- und Jugendarbeit, der Arbeit des Reitvereins einzusparen gedenkt.

Eine weitere zentrale Forderung des Club of Lilienthal an die Verwaltung und den Gemeinderat ist die Vorlage eines Konzeptes zur nachhaltigen Sanierung des Haushaltes in Verbindung mit einem Konzept zur Begrenzung und Rückführung des exorbitant hohen Schuldenstandes der Gemeinde. Die im Landesvergleich hohen Schulden der Gemeinde schränken den Handlungsspielraum der Verwaltung und des Gemeinderates auf Jahrzehnte ein. Verwaltung und Gemeinderat handeln unverantwortlich, wenn ihre Entscheidungen von heute späteren Generationen die Last der Tilgung von Schulden auferlegen.

Für die Wiese (CO₂-Senke!) bei Kutscher Behrens ist ein Park-and-Ride-Parkplatz angedacht. Sowohl unter Berücksichtigung fiskalischer als auch ökologischer Überlegungen (aktuelle Verschuldungssituation und klimabedeutsame CO₂-Senke) sind diese Absichten zurückzuweisen. Die Verwaltung sollte stattdessen die vorhandenen privatwirtschaftlichen Leerkapazitäten bei den großen versiegelten Parkflächen (z. B. bei Aldi und Lidl) zur Mitnutzung für Straßenbahnfahrer in's Kalkül einbeziehen. Ziel sollte es sein, die vorhandenen bisher nicht genutzten Parkplätze teilweise als P&R-Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Weiterhin wäre es zu prüfen, ob der bestehende P&R-Parkplatz in eine zweite Ebene gebaut werden kann. Allerdings sollte dabei unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung und nötigen Bewirtschaftung ein entgeltpflichtiges Parkraumbewirtschaftungskonzept erarbeitet werden. Darüber hinaus sollte auch ein dem Nachhaltigkeitsgedanken gerecht werdender Verkehrsentwicklungsplan für Lilienthal erstellt werden.

Wir empfehlen auch, im zukünftigen RROP, die unbebaute Fläche der Mauerseglerstraße als Freiraumfläche auszuweisen.

5 Demokratisierung von Planungsprozessen für die Ortsentwicklung im Zeichen einer bürgernahen nachhaltigen Kommunalpolitik bei voller Transparenz der Interessen der beteiligten Akteure

Demokratie erfordert Partizipation und Transparenz und zwar vom Planungsbeginn an. Die Lilienthaler Bürger*innen haben ein Recht auf die Teilhabe am zukunftsbedeutsamen Entwicklungsprozess ihrer Gemeinde. Die vom Bürgermeister angebotenen Sprechstunden im Büro des Bürgermeisters unter Ausschluss der Öffentlichkeit sind kein Ersatz für ein gefordertes Bürgerinformations- und Diskussionsforum für konzeptionelle zukunftsbedeutsame Fragestellungen. Wir fordern deshalb Verwaltung und Gemeinderat auf, dass bei Vorhaben, von denen die Bürger*innen unmittelbar betroffen sein werden, moderierte Beteiligungsprozesse zu installiert - vergleichbar dem 4Dörferentwicklungsprozess. Diese Veranstaltungen müssen so frühzeitig angekündigt und durchgeführt werden, dass die Bürger ihre Vorschläge und Einsprüche geltend machen können. Ein intransparenter Planungsprozess sowie eine Entscheidungsfindung hinter verschlossenen Türen wird demokratischen Ansprüchen nicht gerecht.